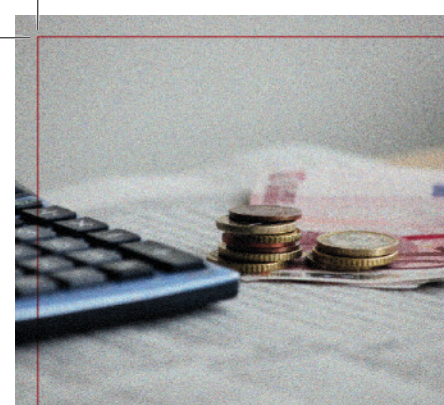




Blickpunkt 2025

Die Bürgerinformation Ihrer
CDU Niederkassel





Vorwort

Liebe Niederkasselerinnen und Niederkasseler,

mit dieser neuen Ausgabe unseres Blickpunkts möchten wir Sie wieder mitnehmen in die Welt der Kommunalpolitik – dorthin, wo Entscheidungen getroffen werden, die unser tägliches Leben vor Ort ganz konkret beeinflussen: von der Kinderbetreuung bis zur Verkehrsinfrastruktur, von der Gestaltung unserer Ortsteile bis zu den großen Fragen der kommunalen Finanzen.

Als CDU-Fraktion im Rat der Stadt Niederkassel ist es uns wichtig, diese Themen nicht nur zu bearbeiten, sondern sie auch transparent zu machen. Was wurde bereits entschieden? Welche Projekte stehen an? Wo braucht es noch Abwägung, Diskussion und eine gemeinsame Lösung? In diesem Blickpunkt möchten wir Ihnen dazu einen Überblick geben – verständlich, nachvollziehbar und mit klarer Haltung.

**Gerade in herausfordernden Zeiten sind Verlässlichkeit,
Weitblick und ein offenes Ohr für die Anliegen der**

Menschen entscheidend. Wir nehmen diesen Auftrag ernst – und laden Sie herzlich ein, mit uns im Gespräch zu bleiben.

Ihre Rückmeldungen, Ihre Kritik und Ihre Fragen helfen uns, unsere Arbeit im Stadtrat noch besser an den Bedürfnissen der Menschen in Niederkassel auszurichten.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre – und vielleicht auch den einen oder anderen neuen Einblick in unsere kommunalpolitische Arbeit.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr

Dano Himmelrath
Fraktionsvorsitzender

✉ himmelrath@cdu-niederkassel.de



Haushalt und Finanzen in Niederkassel

Haushaltssicherung als Herkulesaufgabe

Der Ausstieg aus der Haushaltssicherung mit Rückkehr zur vollständigen eigenen Finanzhoheit und finanziellen Selbstbestimmung ist leider mit erheblichen Anstrengungen und Einschränkungen der Niederkasseler Bürgerinnen und Bürger verbunden. Zahlreiche unpopuläre Entscheidungen mussten und müssen weiterhin getroffen werden. Neben der Erhöhung der Realsteuern gibt es Kürzungen im Bereich der freiwilligen Leistungen, Gebührenerhöhungen und Absenkungen von Standards.

Es ist unbestritten, dass die aktuellen Maßnahmen und Entscheidungen herausfordernd sind. Dennoch sind sie notwendig, um Niederkassel langfristig auf einen soliden Kurs zu bringen.

Unser Weg und Wille: Aktive Arbeit an Lösungen zur Konsolidierung - ohne weiteren Griff in den Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger

Allein die zusätzliche finanzielle Belastung der Niederkasseler Bürgerinnen und Bürger kann nicht die Antwort auf die finanzielle Schieflage unserer Stadt sein. Selbstverständlich gehört es deshalb zu unseren Aufgaben, neben von der Verwaltung

vorgeschlagenen Einsparungen weitere Einsparpotentiale zu identifizieren. Wichtige Impulse zur Kosteneinsparung und -senkung haben wir gegeben und - wo nötig - durchgesetzt.

Einige Beispiele:

- **Personal:** Da rund 31 % der ordentlichen Aufwendungen im städtischen Haushalt Personalaufwendungen sind, gehören stetige Aufgaben- und Ausgabenkritik selbstverständlich zu unserer finanzpolitischen Arbeit. Folgende Maßnahmen sind auf unsere Initiative zurückzuführen:
 - › Vorläufiges Besetzungsverbot für neu eingerichtete Stellen, welches nur der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss aufheben kann.
 - › Prüfauftrag zur Einbindung externer Prüfer für Personal-konzepte und Prozessoptimierungen in der Verwaltung.
 - › Abschaffung der Altersteilzeit für Angestellte und Beamte in der Verwaltung.
 - › Der Kommunale Ordnungsdienst leistet wichtige Arbeit, aber sein Konzept muss überarbeitet werden. Erst dann kann über die künftige Stellenanzahl entschieden werden.
- **Infrastrukturmaßnahmen:** Sie müssen sinnvoll sein, unnötige Projekte haben wir deshalb verhindert.
 - › 275.000 € für neue Kreisverkehre (Marktstr./Gladiolenweg und Wahner Str./Schulstr.) halten wir nur bei nachgewiesenem Bedarf für erforderlich.
 - › 50.000 € Planungskosten für eine Neugestaltung der Provinzialstraße; diese ist trotz des äußerst tragischen Unfalls im Dezember 2023 kein Unfallschwerpunkt. Zahlreiche Ideen aus der Bürgerschaft für eine Umgestaltung sind auch ohne kostspielige Maßnahmen möglich.

> 98.000 € Mietkosten für eine Übergangslösung der Feuerwehr lassen wir auf ihre Notwendigkeit prüfen. Die Haupt- und Ehrenamtlichen der Feuerwehr bilden das Rückgrat im Brand- und Katastrophenschutz. Es ist uns wichtig, dass sie über eine gute Ausstattung verfügen und Standorte optimiert werden. Übergangslösungen müssen sich jedoch im Rahmen halten.

- **Digitalisierung:** Digitalisierung der Verwaltung und des Rates sind von enormer Wichtigkeit. Aber auch hier müssen Maßnahmen sorgfältig abgewogen werden.
 - > 50.000 € für die Einführung plus 20.000 € jährlich für eine Kita-App zur Vereinfachung der Kommunikation und Organisation. Die Kosten überstiegen aus unserer Sicht deutlich den Nutzen.
 - > 100.000 € Kosten für die Umsetzung hybrider Ratssitzungen stehen außer Verhältnis zum Nutzen. Wir stehen einer hybriden Ratssitzung ohnehin kritisch gegenüber.
- **Flüchtlingsunterbringungen:** Flüchtlingsaufnahmen belasten den kommunalen Haushalt sehr. Von Beginn der Prüfung einer Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) an waren wir ergebnisoffen und haben unsere Entscheidung vor allem danach ausgerichtet, welche finanzielle Entlastung durch die ZUE erwartet werden kann. Dazu jedoch an späterer Stelle mehr!

Die CDU Niederkassel setzte in der Vergangenheit stets auf die Neuerschließung von Gewerbegebieten. Wir freuen uns deshalb, dass die bereits mehrere Jahre andauernden Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern angrenzend an das Mondorfer Gewerbegebiet mit Erfolg betrieben werden konnten: Das Gewerbegebiet in Mondorf kann erweitert werden.

Weitere Gewerbeflächen werden in Niederkassel und Ucken-dorf/Stockem entstehen. Mit dem Chemiepark Lülldorf stehen wir in regelmäßigem Kontakt. Denn Einnahmen durch die Gewerbesteuer sind ein wichtiger Pfeiler des städtischen Haushalts.

Was sind die Ursachen für die defizitäre Haushaltslage? Hausgemacht?

Die Haushaltssicherung ist kein Niederkassel-spezifisches Problem. Seit Jahren machen die Kommunen und die kommunalen Spitzenverbände auf die prekäre Finanzlage in den Kommunen aufmerksam. Von den 19 Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis befanden sich 2024 vier Kommunen in der Haushaltssicherung. Seit 2012 unterlagen insgesamt 14 der 19 Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis mindestens einmal Instrumenten der Haushaltssicherung.

Nach einer aktuellen Umfrage des Deutschen Städtetages Anfang 2025, an der 100 Großstädte teilnahmen, können 37 Prozent der Städte keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen. Weitere 47 Prozent schaffen einen ausgeglichenen Haushalt nur, indem sie auf finanzielle Rücklagen zurückgreifen.

Die Stadt Niederkassel hat – wie eine Vielzahl von Kommunen – bereits seit Jahren keinen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen können, d.h. die Aufwendungen konnten in der Planung nicht durch entsprechende Erträge gedeckt werden.

Es konnte immer nur ein sog. „fiktiver“ Haushaltsausgleich erreicht werden, indem rechnerisch Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage bzw. der Allgemeinen Rücklage zur Deckung der Fehlbeträge eingesetzt wurden. Das reichte

bis 2023, um der Haushaltssicherung zu entgehen, da nicht in zwei aufeinanderfolgenden Jahren jeweils mehr als 5 % der Allgemeinen Rücklage entnommen werden musste.

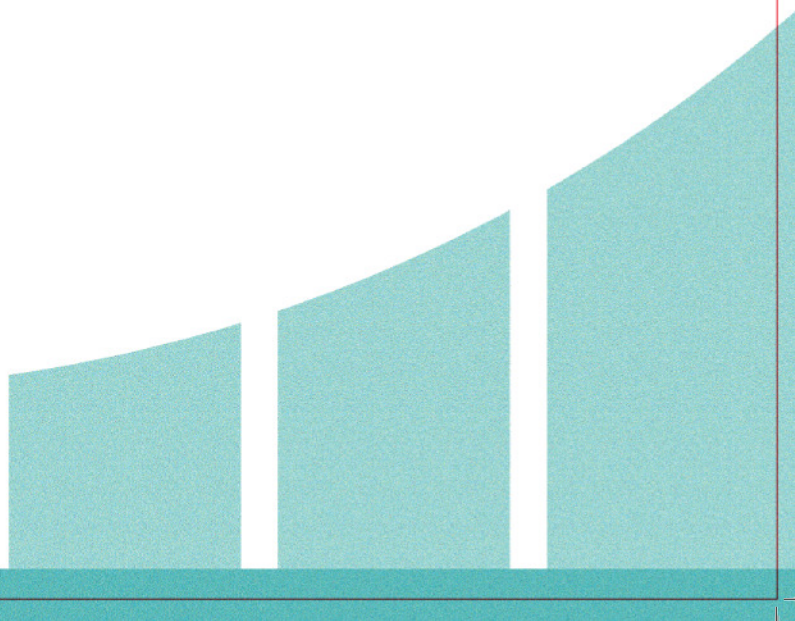
Die Ursachen, die zur Haushaltssicherung und somit zur Schieflage führten, sind mannigfaltig. Beispielhaft nennen wir gestiegene Transferaufwendungen im Bereich der Jugendhilfe, gestiegene Zinsen, Wegfall der Bilanzierungshilfe für durch die Pandemie bzw. den Krieg in der Ukraine bedingte Mehraufwendungen, deutlich gestiegene Personalaufwendungen durch Tarifabschlüsse und Besoldungserhöhungen, gestiegene Strom- und Energiepreise und nicht zuletzt Kosten im Zusammenhang mit der Aufnahmeverpflichtung von Geflüchteten.

Die Landes- und Bundesgesetzgeber sind in den letzten Jahren nicht müde geworden, Gesetze zu schaffen, die zwar den Menschen in unserem Land dienen mögen, aber nicht von Bund und Land sondern von den Kommunen zu bezahlen sind. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen durch Bund und Land ist schlicht und ergreifend nicht ausreichend. Beispielhaft nennen wir die U3 Betreuung in den Kitas oder den Rechtsanspruch auf eine schulische Ganztagsbetreuung (OGS) im Primarbereich ab 2026. Beides sind Regelungen, die ihre Berechtigung und ihr Gutes haben, aber sie sollen letztlich von den Kommunen finanziell geschultert werden.

Wir setzen große Hoffnungen auf die Bundesregierung, dass von dem im März dieses Jahres beschlossenen Infrastruktur-Sondervermögen auch in Niederkassel etwas ankommt. Aber machen wir uns nichts vor, Milch und Honig werden nicht fließen. Retten wird uns dies allein nicht. Wir sind jederzeit offen und dankbar für Ideen der Niederkasseler Bürgerinnen und Bürger zur Haushaltskonsolidierung.

Schließlich wurde auch auf unseren Antrag hin bereits 2023 eine Bürgerbeteiligung dergestalt eingerichtet, dass Bürgerinnen und Bürger in einem jährlichen Prozess der Verwaltung selbst Einsparvorschläge und Vorschläge zur Konsolidierung unterbreiten können.

Barbara Lülsdorf und Dano Himmelrath





Stellungnahme der CDU-Fraktion Niederkassel zum Bürgerentscheid über die ZUE

Seit vielen Jahren beschäftigen wir uns mittlerweile intensiv mit Fragen der Unterbringung von Flüchtlingen. In den letzten Monaten haben wir dabei vor allen Dingen die Argumente für und gegen eine Zentrale Unterbringungseinrichtung für Flüchtlinge (nachfolgend: ZUE) diskutiert.

Wesentliche Fragen, Antworten und Aspekte, die uns zu unserer Entscheidung für eine ZUE bewogen haben, legen wir hiermit dar. Sie beschäftigen auch, dies wissen wir aus unseren zahlreichen Gesprächen, die Niederkasseler Bürgerinnen und Bürger.

Warum ist es nötig, in Niederkassel Flüchtlingsunterkünfte vorzuhalten?

Kommunen sind gesetzlich verpflichtet, Flüchtlinge unterzubringen und zu versorgen. Die politische Lage weltweit ist unvorhersehbar. Plötzliche Veränderungen, Konflikte oder Naturkatastrophen, können jederzeit zu einem erneuten Anstieg der Flüchtlingszahlen führen.

Ist die wirtschaftliche Lage unserer Kommune kein Argument, um die weitere Zuweisung von Flüchtlingen zu „verhindern“ oder zumindest vorübergehend auszusetzen?

Humanitäre Gesichtspunkte einmal ausblendend hat die CDU-Fraktion exakt diese Frage im März 2023 an die Verwaltung gerichtet. Die gutachterliche Stellungnahme fiel negativ aus, d.h. eine rechtliche Handhabe, gegen die Zuweisung von Flüchtlingen vorzugehen, existiert nach Einschätzung der anwaltlichen Gutachter nicht.

Wird mit der Stimme gegen die Errichtung einer ZUE verhindert, dass geflüchtete Menschen nach Niederkassel kommen?

Nein, denn es gibt eine gesetzliche Aufnahmeverpflichtung (s.o.).

Was sind die Vorteile einer Unterbringung von geflüchteten Menschen in einer ZUE gegenüber der Unterbringung in einer städtischen Einrichtung?

Kommt die ZUE, übernimmt das Land NRW die Kosten für die Errichtung des Gebäudes und dessen Betrieb. Darüber hinaus werden die Kosten für die Versorgung und Betreuung der dort untergebrachten Menschen inkl. des zu stellenden Personals vom Land NRW getragen. Die Zahl der bis zu 350 dort untergebrachten Personen wird vollständig auf die Aufnahmeverpflichtung der Stadt angerechnet, d.h. in dieser Höhe finden keine Zuweisungen von geflüchteten Personen an die Stadt Niederkassel statt. Auch unsere Infrastruktur wird entlastet, denn in einer ZUE untergebrachte Kinder und Jugendliche besuchen keine Kita und keine Schule in Niederkassel. Innerhalb einer ZUE gibt es eigene schulnahe Angebote.

Ist eine ZUE in Niederkassel unter Integrationsgesichtspunkten oder aufgrund der geplanten Größe nachteilig?

Voranzustellen ist, dass ZUEs Teil des landesweiten Unterbringungssystems in NRW sind – das ist gesetzlich so vorgesehen.

Es geht also nicht darum, ob es ZUEs grundsätzlich geben soll, sondern an welchen Standorten. Die in Niederkassel geplante ZUE ist im Vergleich zu anderen Einrichtungen in NRW noch verhältnismäßig klein. In der ZUE in St. Augustin sind beispielsweise ca. 600 Personen untergebracht. Insgesamt gibt es in NRW derzeit ca. 30 Zentrale Unterbringungseinrichtungen, die jeweils für 160 bis 1200 Personen angelegt sind. Integration spielt zunächst eine untergeordnete Rolle, da die in einer ZUE untergebrachten Personen nicht dauerhaft dort untergebracht werden und nur so lange bleiben, bis sie einer anderen Kommune zugewiesen werden. Ungeachtet dessen gibt es dort Integrationsangebote, wie z.B. Sprachkurse und schulnahe Angebote.

Wie wirkt sich die ZUE auf die Flüchtlingszahlen in Niederkassel aus?

Derzeit trägt die Stadt Niederkassel die Verantwortung für rund 650 untergebrachte Flüchtlinge – samt aller Kosten. Durch die natürliche Fluktuation – etwa durch Rückführungen, Anerkennungen oder Wegzüge – sinkt die Zahl der kommunal untergebrachten Geflüchteten nach und nach.

Sollte die ZUE errichtet werden, würde Niederkassel perspektivisch nur noch etwa 300 Personen auf eigene Kosten unterbringen müssen – also weniger als die Hälfte der heutigen Zahl.

Was geschieht im Falle einer Ablehnung der ZUE durch den Bürgerentscheid?

In diesem Fall müsste die Stadt Niederkassel in einem ersten Schritt den bestehenden Standort „ehemals Mobau“ in Ranzel auf über 300 Plätze erweitern. 1,7 Millionen Euro müssten alleine nur für den Erweiterungsbau aufgewendet werden – aus städtischen Mitteln.

Zusätzlich müssten erneut dezentrale Unterkünfte im gesamten Stadtgebiet gesucht und eingerichtet werden – auch diese würden vollständig von der Stadt finanziert. Bereits im vergangenen Jahr hat sich gezeigt, dass die Suche nach entsprechenden Standorten für weitere dezentrale Flüchtlingsunterkünfte in allen Stadtteilen auf erhebliche Ablehnung in der Bevölkerung gestoßen ist. Die Dreifachhalle in Mondorf, die derzeit als Notunterkunft dient, kann weder unter humanitären Gesichtspunkten noch im Interesse von Schule, Sport und Vereinen weiterhin als Unterkunft dienen. Auch an dieser Stelle ist jedoch Ehrlichkeit gefordert, denn die Halle befindet sich in keinem guten Zustand, so dass für die schulische und sportliche Nutzung zusätzlich an Lösungen gearbeitet werden muss.

Die CDU-Fraktion hat sich nicht grundsätzlich für eine ZUE auf Niederkasseler Boden ausgesprochen – sondern ganz bewusst für die Alternative, die unsere Stadt deutlich weniger belastet.

Deshalb sagen wir: JA zur ZUE – nicht aus Überzeugung, sondern als das kleinere Übel in einer schwierigen Lage – und somit NEIN beim Bürgerentscheid.

Dano Himmelrath



Neues aus den Kitas

Seit dem 1. Juli 2024 ist das Jugendamt mit einer halben Stelle für die Jugendhilfeplanung besetzt. Die CDU-Fraktion und auch der Jugendhilfeausschuss begrüßen die Arbeit der neuen Mitarbeiterin ausdrücklich, die innerhalb kürzester Zeit die Kita-Situation neu und präzise analysierte.

Bereits zwei Monate später war klar, dass Anpassungsplanungen erforderlich sind, weil die Kinderzahlen deutlich sinken. Aufgrund dieser Erfahrungen plädiert die CDU-Fraktion mittlerweile für ein jährliches Monitoring der quantitativen Kitabedarfsplanung. Bislang geschah dies alle zwei bis drei Jahre, was absolut ausreichend war.

In 2021 ließen sich die seitdem eingetretenen weltpolitischen und gesellschaftlichen Entwicklungen mit ihren Auswirkungen nicht vorhersehen. Die mit Beginn des Ukraine-Krieges eintretenden wirtschaftlichen Veränderungen, wie steigende Lebenshaltungskosten durch Inflations- und Zinsentwicklung sowie das schwindende Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Betreuungssysteme sind nur einzelne von vielen Gründen für eine bundesweit sinkende Geburtenrate.

In Niederkassel ist die Geburtenrate noch deutlich stärker gesunken als im Bundesdurchschnitt. Aus diesen Erfahrungen haben wir gelernt, weshalb es nun in der jährlichen November-sitzung des Jugendhilfeausschusses die Fortschreibung der Planung zu sehen gibt.

Die sinkenden Kinderzahlen bringen natürlich auch Anpassungen bzgl. der bestehenden Kitas mit sich. So wird es im Moment weder möglich noch nötig sein, alle Standorte weiter zu betreiben. Kinder aus der KiTa Lenastraße wechseln im Verbund in die KiTa Markusstraße und Kinder aus der KiTa Gabriele-Münter-Weg wechseln zusammen in die Einrichtung Wippinger Weg. In den KiTas Kopernikusstraße und Pappelweg fällt jeweils eine U3-Gruppe weg und in der KiTa Wittelsbacher Straße werden zwei U3 Gruppen nicht mehr benötigt. In der unmittelbar benachbarten Einrichtung Eifelstraße werden die U3-Kinder aufgenommen.

Dies sind natürlich zunächst einmal keine schönen Entwicklungen. Wir sehen sie aber als Chance, das Thema Fachkräfte neu zu beleuchten. Durch die beschriebenen Anpassungen können voraussichtlich 27 Fachkräfte und 7 Ergänzungskräfte die offenen Stellen in anderen städtischen KiTas besetzen und den Springer-Pool auffüllen. Auch können die frei gewordenen Kräfte für die bessere Betreuung von Kindern mit Behinderung eingesetzt werden. Wichtig ist auch, dass dadurch wieder mehr 45 Stunden Buchungen möglich werden, um berufstätige Eltern zu entlasten und endlich wieder eine verlässliche Betreuung zu gewährleisten.

Angela Niethammer

Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses



Sachstand Vollendung L269n

Am 1. Mai 2005 wurde der nördliche Teil der „Umgehungsstraße“ L 269n zwischen Niederkassel, Rheidt, Ranzel, Uckendorf und Weilerhof eröffnet. Der südliche Abschnitt, der für die Entlastung der Ortsdurchfahrten von Rheidt und Mondorf bedeutsam ist, verzögerte sich in erster Linie aufgrund größerer Umplanung im Bereich Mondorf/Bergheim und erst 2017 folgte der Planfeststellungsbeschluss für diesen Teil von Rheidt Nord über Mondorf bis nach Bergheim.

Gegen diesen wurde bekanntlich durch einen einzelnen Bürger geklagt. Der Abschnitt von Rheidt Marktstraße bis Rheidt Südstraße, der von der Klage nicht betroffen war, konnte im Dezember 2021 eröffnet werden.

Nach der Klageabweisung durch das Verwaltungsgericht Köln im April 2023 konnte die Realisierung durch den Landesbetrieb Straßen NRW starten.

Durch den Neubau der L269n als Ortsumgehung verlagert sich schätzungsweise 50 Prozent (bis zu 7000 Kfz/Tag) des Verkehrsaufkommens. Damit reduzieren sich die Belastungen

durch Verkehrslärm und Schadstoffe erheblich. Neben der Entlastung der Ortszentren wird die L269n eine wichtige Verbindungsfunktion zwischen Köln und Bonn und zum über-regionalen Straßennetz, insbesondere der A59 und der A 565, übernehmen. Die Fahrzeit für den Durchgangsverkehr verkürzt sich somit deutlich. Die genehmigten Kosten für die Gesamtstrecke belaufen sich auf etwa 12,017 Millionen Euro.

Mit dem derzeitigen Bauabschnitt wird eine Verbindung von der Südstraße zur Rheinstraße (L332/Verlängerung Provinzialstraße) geschaffen. Die Straße verläuft dann in einer geraden Linie vom Sportpark Süd zwischen dem Mondorfer See und dem Gewerbegebiet entlang. Die Strecke beträgt ca. 1,5 Kilometer. Das Gewerbegebiet erhält mit einem Kreisverkehr eine eigene Anbindung an die Rudolf-Diesel-Straße. Nach einem Kurvenverlauf schließt die L269n dann, ebenfalls mit einem Kreisverkehr, an die L332 an. Die dortige Industriebahn wird dabei in den Kreisverkehr integriert. Fußgänger und Radfahrer können zukünftig einen gemeinsamen Geh- und Radweg neben dem Kreisverkehr nutzen.

Straßen.NRW baut in diesem Abschnitt zudem zwei Unterführungen als Quermöglichkeiten.

Zurzeit laufen die Baumaßnahmen am sog. Bauwerk 3 (Wirtschaftswegunterführung Pferdehof). Ein Ende hierfür ist für diesen Sommer anvisiert. Voraussichtlich ab Spätsommer 2025 bis etwa Ende 2026 soll das Bauwerk 2 (Wirtschaftswegunterführung „Am Langohr“) zusammen mit der Stützwand am Kreisverkehrsplatz Rudolf Diesel Straße errichtet werden. Der Bau der Strecke von der Südstraße bis zum Kreisverkehr Rudolf-Diesel-Straße wird voraussichtlich Anfang 2027 beginnen.

Im letzten Abschnitt verläuft die L269n in einem großen Bogen südöstlich der Lerchenstraße. Die Strecke beträgt etwa 500 Meter. Mit Hilfe einer Ampelanlage erfolgt der Anschluss an die bestehende L269 (Rheidter Straße). An diesem Knotenpunkt entsteht zudem eine Unterführung für Fußgänger, Radfahrer und Pferdeführende, sodass diese ohne Wartezeit auf die andere Straßenseite gelangen können.

Ein entlang der Straße verlaufender gemeinsamer Geh- und Radweg sorgt für eine durchgehende Verbindung entlang der Rheidter Straße und eine Verbindung in nordöstliche Richtung, beispielsweise nach Troisdorf-Eschmar. Der Bau dieses letzten Abschnitts dauert voraussichtlich ein Jahr und folgt im Anschluss an die Arbeiten bis zur Rheinstraße/Provinzialstraße (L332) der jetzigen Bauphase.

Marcus Kitz

Vorsitzender des Planungs- und Verkehrsausschusses



Umwelt-, Natur- und Klimaschutz

Klimagerechte infrastrukturelle Maßnahmen und technische Innovationen sind strategisch wichtige Ziele

Wir setzen uns in Niederkassel aktiv für nachhaltige Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen ein. Strategien, die darauf abzielen, die Auswirkungen des Klimawandels zu verringern und unsere Stadt anpassungsfähiger zu machen, sind von enormer Bedeutung. Dabei muss Klimaschutz sozialverträglich sein und darf die Bürgerinnen und Bürger nicht überfordern. Rein ideologisch geprägte Schwerpunkte sind fehl am Platz.

Niederkassel als Schwammstadt

Ein zentrales Anliegen ist die Implementierung des Schwammstadtprinzips, um Starkregen und Hitzewellen mit andauernder Trockenheit zu bewältigen. Ziel ist es, überschüssiges Wasser „wie ein Schwamm“ zu speichern und es durch Verdunstung oder Versickerung wieder abzugeben. Die Stadtverwaltung arbeitet an einem entsprechenden Konzept, welches den Gremien noch vor den Sommerferien vorgelegt werden soll. Aber auch ohne dieses Konzept trifft die Politik bereits seit geraumer Zeit Entscheidungen, die das Schwammstadt-Prinzip berücksichtigen. Hier einige Beispiele:

- Neue Bebauungspläne enthalten textliche Festsetzungen zur Verringerung des Versiegelungsgrades und Vorgaben zu einem Mindestmaß an Begrünung
- Straßenbaumaßnahmen wie etwa der Straßenvollausbau der Bahnhofstr. und der Fahrtenstr. orientieren sich am Schwammstadt-Prinzip (Entsiegelung durch Schaffung von Grünflächen/Pflanzbeeten; Einleitung von Niederschlagswasser)

Kommunale Wärmeplanung

Kommunen sind nunmehr zu einer kommunalen Wärmeplanung verpflichtet. Niederkassel hat 2024 die Rhein-Sieg-Netz GmbH mit einer Wärmeplanung beauftragt. Der Zwischenbericht wurde dem zuständigen Ausschuss im März dieses Jahres präsentiert: Potentiale für zentrale Lösungen gibt es für einzelne Gebiete in Niederkassel im Bereich Solarthermie, Flusswärme sowie ggf. in einem Wasserstoffnetz. Der Großteil des Stadtgebietes bietet jedoch keinen Raum für zentrale Lösungen. An die allgemein gehaltene Potentialanalyse muss sich für konkrete Aussagen im weiteren Verfahren noch eine Machbarkeitsstudie anschließen. Wir als CDU-Fraktion sehen die Potentialanalyse gerade zur Flusswärme als positive Nachricht. Weit vor Beginn der Kommunalen Wärmeplanung hatte die CDU-Fraktion bereits im August 2023 vorausschauend die Stadtwerke mit einer Machbarkeitsstudie zur Stromerzeugung und Wärmegewinnung aus dem Rhein beauftragt.

Friedhofsgestaltung: Bestattungsgärten als Alternative

Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz befasst sich auch mit Friedhofsangelegenheiten. Die zunehmende Individualisierung der Trauerkultur erfordert ein breites Angebot bei Bestattungsformen. Viele trauernde Angehörige wohnen

weiter entfernt oder sehen sich aufgrund von Zeitmangel heutzutage weniger in der Lage, ein Grab zu pflegen. Da auch der Wunsch nach naturnahen Bestattungsformen größer wird, hat der zuständige Ausschuss auf Initiative der CDU-Fraktion die Verwaltung bereits vor geraumer Zeit mit der Prüfung sog. Bestattungsgärten beauftragt. Flächenpotentiale wurden auf dem Nord- und Südfriedhof ermittelt. Derzeit sind Gespräche mit der Kämmerin zu den wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Stadt Niederkassel im Gange.

Wir hoffen sehr, dass Bestattungsgärten in Niederkassel umgesetzt werden können, denn sie stehen als weitere Bestattungsform für eine Trauerkultur, die den Bedürfnissen der heutigen Gesellschaft Rechnung trägt und dabei auch ökologische und ästhetische Aspekte berücksichtigt.

Barbara Lülsdorf

Umweltpolitische Sprecherin



Schulzentrum Nord

Investition in Bildung: Für die CDU nicht nur ein Lippenbekenntnis

Der Neubau einer fünfzügigen Gesamtschule mit einer modernen Dreifach-Mehrzweckhalle im Norden der Stadt schreitet voran. Bis zum Herbst wird die Gebäudehülle wetterfest hergestellt sein, so dass über die Wintermonate der Innenausbau durchgeführt werden kann. Die Erweiterung des Schulzentrums Nord stärkt nicht nur die örtliche Schullandschaft sondern bietet auch einen Gewinn für das sozio-kulturelle Angebot in Niederkassel. Mit fünf Parallelklassen wird ein ausreichendes Platzangebot für eine Vielzahl von Niederkasseler Schülerinnen und Schüler über Jahrzehnte hinweg geschaffen. In einer Zeit, in der innovatives Lernen und individuelle Förderung mehr denn je gefragt sind, werden die Erweiterungsbauten einen zentralen Beitrag dazu leisten, das Schulzentrum Nord als Bildungsstandort weiter zu stärken.

Die Dreifach-Mehrzweckhalle: Ein Ort der Begegnung

Ein herausragendes Merkmal des Bauprojektes stellt die Dreifach-Mehrzweckhalle dar. Diese wird nicht nur für den Schul- und Vereinssport von enormer Bedeutung sein,

sondern auch als multifunktionaler Raum für Vereine, Veranstaltungen und sonstige Aktivitäten dienen. Dadurch wird sie zu einem lebendigen Zentrum, das den sozialen Zusammenhalt der unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen in ganz Niederkassel fördern kann.

Unterstützung des Ganztagsbetriebs durch eine Mensa

Die neue Mensa wird die Schülerinnen und Schüler während des Ganztagsbetriebs von Gesamtschule und Gymnasium gleichermaßen mit Mahlzeiten versorgen und so einen wichtigen Beitrag zu einer ausgewogenen Ernährung leisten. Die Mensa soll dabei auch ein Ort der Begegnung sein, an dem Schülerinnen und Schüler sich austauschen und gemeinsam lernen können. Die Mensa kann aber auch für schulische Veranstaltungen wie z.B. Elternabende genutzt werden.

Bauprojekt im Zeit- und Kostenrahmen

Gegen die üblichen Unkenrufe, dass die öffentliche Hand Großbauprojekte grundsätzlich sprichwörtlich „in den Sand setzt“, befindet sich der Schulneubau zeit- und kostenmäßig voll im Plan. Der Schul- und Sportbetrieb kann somit nach aktueller Lage daher wie geplant ab dem Schuljahr 2026/27 starten. Hier gilt der Dank der CDU-Fraktion ausdrücklich den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Stadtverwaltung sowie auf Seiten des Generalunternehmers.

Zudem macht sich die Einrichtung eines politischen Fachausschusses für das Schulzentrum Nord bezahlt. Dieser tagt unter CDU-Vorsitz teilweise sogar monatlich, um notwendige politische Beschlussfassungen auch bei zeitkritischen Themen schnellstmöglich herbeizuführen. Auf diese Weise ist in allen Phasen des Projekts die politische Begleitung dieses bedeutsamen Projekts sichergestellt.

Schulzentrum Nord: Investitionsbedarf im Bestand

Neben den Erweiterungsbauten der Gesamtschule wird aktuell auf Betreiben der CDU-Fraktion das Kopernikus Gymnasium gutachterlich untersucht. Die Untersuchung soll Politik und Verwaltung eine fundierte Entscheidungsgrundlage bieten, wie mit dem Bestandsbau im Weiteren umgegangen werden soll bzw. muss. Die Frage ist hierbei, welche Sanierungs-/Modernisierungsarbeiten notwendig bzw. möglich sind oder ob ggf. ein Neubau die wirtschaftlichere Alternative darstellen kann. Hierbei sind auch die sogenannten Lebenszykluskosten der Gebäude während des zukünftigen Betriebs zu berücksichtigen.

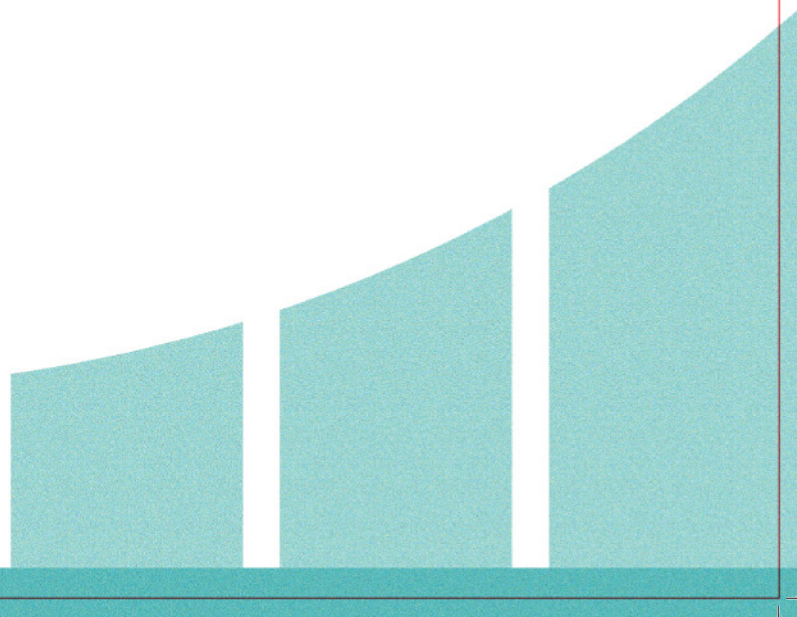
Unabhängig der Ergebnisse der Begutachtung wird sowohl bei umfangreichen Sanierungs-/Modernisierungsvorhaben als auch einem Neubau einer Bestandsschule eine sog. Rotationsschule benötigt, die wegfallende Räumlichkeiten für die Dauer der Baumaßnahmen auffangen muss.

Mit dem Umzug der Gesamtschule aus den bisherigen Containerbauten in den Neubau ab dem Schuljahr 2026/27 stünden die bisherigen Containerbauten als Rotationsschule bereits zur Verfügung, so dass an dieser Stelle Synergien genutzt werden können.

Die CDU-Fraktion steht auch in Zukunft trotz weiterhin angespannter Haushaltslage dafür ein, dass Investitionen in den Bildungsstandort Niederkassel nicht nur ein Lippenbekenntnis bleiben.

Sebastian Koch

Vorsitzender des Ausschusses Schulzentrum Nord





Blick nach vorn:

Kommunalwahl 2025 in Niederkassel

Im Herbst 2025 steht ein wichtiger Wahltermin an: Wir wählen nicht nur einen neuen Stadtrat für Niederkassel, sondern auch den Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises. Und auch Landrat Sebastian Schuster stellt sich erneut zur Wahl.

Für uns als CDU Niederkassel ist diese Wahl mehr als nur ein politischer Stichtag. Sie ist ein demokratischer Meilenstein – und eine echte Chance, gemeinsam mit Ihnen die Zukunft unserer Stadt und der Region mitzugestalten.

Wir haben in den vergangenen Monaten intensiv daran gearbeitet, ein starkes, kompetentes und motiviertes Team aufzustellen. Und wir sind stolz auf das Ergebnis: Mit einer ausgewogenen Mischung aus Erfahrung, frischen Ideen, kommunalpolitischem Know-how und beruflicher Vielfalt gehen wir in die Wahl. Besonders freut uns, dass wir mit einer jungen Frau ins Rennen gehen, die zum Zeitpunkt der Wahl gerade einmal 18 Jahre alt ist – und damit nicht nur ein Zeichen für politische Nachwuchsförderung setzen, sondern auch zeigen: Kommunalpolitik lebt vom Mitmachen in jedem Alter.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten stehen für alle Ortsteile, für unterschiedliche Lebensrealitäten und für ein gemeinsames Ziel: Niederkassel zukunftssicher, familienfreundlich, wirtschafts- und lebenswert zu gestalten. Gleichzeitig treten wir mit Dano Himmelrath und Marcus Kitz für den Kreistag an – mit den Stellvertretern Mathias Jehmlich und Angela Niethammer.

Und wir freuen uns sehr, dass unser Landrat Sebastian Schuster seine erfolgreiche Arbeit für den Rhein-Sieg-Kreis fortsetzen möchte. Wir stehen geschlossen hinter seiner Kandidatur.

Die nächsten Monate werden wir nutzen, um Ihnen unsere Inhalte, unsere Köpfe und unsere Ideen vorzustellen. Dabei setzen wir auf Dialog und Transparenz. Denn unser Anspruch ist klar: Wir wollen auch weiterhin Verantwortung übernehmen – für unsere Stadt, für unsere Region, für die Menschen vor Ort.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten im Einzelnen:

Landrat Sebastian Schuster

Kreistag Dano Himmelrath, Marcus Kitz

Stadtrat Udo Hans Kahl, Sebastian Koch, Daniel Döpfer, Alexandra Wilke-Rauter, Marcus Sulzer, Dano Himmelrath, Michael Freund, Gabriela Neidel, Christina Neidel, Ernst-Georg Witt, Mathias Jehmlich, Lara Wierschem, Bettina Sebaldt, Sven Kiermas, Franz-Josef Schneiders, Andreas Grünhage, Barbara Lülsdorf, Angela Niethammer, Daniel Samtleben

Ernst-Georg Witt
Parteivorsitzender

Herausgeber

CDU Niederkassel
Ernst-Georg Witt (V.i.S.d.P.)
Roncallistraße 18
53859 Niederkassel

Telefon: 0170 4741070
info@cdu-niederkassel.de
www.cdu-niederkassel.de

